

# Schwarzwaldbacht

Nationalsozialistische Tageszeitung  
Calwer Tagblatt



Alleiniges Amtsblatt für Stadt und  
Oberamtsbezirk Calw

Nr. 303

Verlag der Schwarzwaldbacht G. m. b. H. Calw. Verantwortliche  
Schriftleitung: Friedrich Hans Schiele, für den Anzeigen-  
teil: Georg Würster, Kreisleiter, Geschäftsstelle Calw (Altes Postamt),  
Bernhardstr. 25. Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.  
Druck: A. Oelschläger'sche Buchdruckerei Calw.

Freitag, 29. Dezember 1933

Bezugspreis: Monatlich RM. 1,50 durch Träger. Bei Postbezug zuzug-  
lich Zustellgebühr. Anzeigenpreis: Die kleinste Zeile 6 Pfg.,  
Reklamezeile 20 Pfg. Bei Wiederholung Nachab. Erfüllungsort für beide  
Teile Calw. Für richtige Wiederabgabe von durch Ferndruck aufgenommenen  
Anzeigen wird keine Gewähr übernommen.

1. Jahrgang

## Begrenzung des Hochschul-Zugangs

### In Württemberg dürfen im Jahre 1934 nur 611 Abiturienten studieren

Berlin, 29. Dez. Der Reichsminister des Innern hat nunmehr die erste Verordnung zur Durchführung des Gesetzes gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen erlassen und die Zahl der Abiturienten, denen im Jahre 1934 die Hochschulreise zuerkannt wird, mit 15 000 begrenzt. Auf die einzelnen Länder wird diese Zahl folgendermaßen verteilt:

Württemberg 611, Preußen 8984, Bayern 1670, Sachsen 1839, Baden 574, Thüringen 390, Hessen 340, Hamburg 398, der Rest auf die übrigen Länder.

Die Zahl der Abiturientinnen, denen die Hochschulreise zuerkannt wird, ist nicht gesondert bestimmt worden, doch darf der Anteil der Abiturientinnen in einem Lande nicht 10 v. H. der zugewiesenen Zahl überschreiten. Zuerkannt wird die Hochschulreise nur jenen Abiturienten, die den besonderen Anforderungen der Hochschule nach ihrer geistigen und körperlichen Reife, nach ihrem Charakterwert und ihrer nationalen Zuverlässigkeit zu genügen geeignet erscheinen.

Ueber die Zuerkennung der Hochschulreise wird eine besondere Bescheinigung erteilt, die jedoch bei Bewerbungen um einen praktischen Beruf nicht benutzt und von den anstellenden Stellen auch nicht verlangt werden darf. Die Nichtzuerkennung der Hochschulreise bedeutet für Abiturienten auf keinen Fall eine Minderbewertung; sie werden nur durch ihre Anlage auf Berufe verwiesen, für die es der theoretischen Hochschulbildung nicht bedarf.

#### Anstöße künftig schon in den höheren Schulen

In den folgenden Jahren wird eine von Jahr zu Jahr teilweise festzunehmende weitere Senkung der Richtzahl eintreten. Es wäre nicht zu rechtfertigen, wenn auf die folgenden Jahrgänge, die als Kriegsgeburtensjahrgänge schwächer befähigt sind, nicht die gleichen Maßstäbe an Auslesestärke angewandt würden. Gerade diese Jahrgänge haben nachgewiesenermaßen eine besonders hohe Zugangshäu-

figkeit zu den höheren Schulen gezeigt. Im übrigen ist vorgesehen, durch neue Auslesebestimmungen die Zahl der Besucher der höheren Schulen, vor allem der Oberstufe, künftig so zu senken, daß ein Eingriff bei den Abiturienten bzw. beim Uebertritt in die Hochschule nicht mehr erforderlich ist.

#### Maßnahmen für die Abiturienten ohne Hochschulberechtigung

Der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung erwachsen durch die Maßnahme des Reichsinnenministeriums neue Aufgaben. Die nicht für hochschulreif anerkannten Abiturienten müssen in beruflich, sittlich und gesundheitlich einwandfreien Lehr- und Ausbildungsstellen untergebracht werden. Der Präsident der Reichsanstalt Dr. Spruy hat sich deshalb an den Reichsinnenminister mit der Bitte gewandt, die Entscheidung über die Zulassung der jungen Leute zur Hochschule möglichst rasch, nicht erst im März zu treffen, da es dann schwer sein dürfte, die Verbindung mit der Wirtschaft herzustellen.

An die Wirtschaft, sowie an Handel, Handwerk und Industrie wird der Appell gerichtet, sich dieser jungen Abiturienten anzunehmen.

Der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Spruy, sprach vor der Presse über Maßnahmen, die der Unterbringung der nicht zum Hochschulbesuch berechtigten Abiturienten getroffen werden sollen. Es sind im Laufe der letzten Wochen bereits eingehend durgearbeitete Pläne aufgestellt worden und auch schon in der Durchführung begriffen, die eine sachgemäße Berufsberatung dieser Abiturienten sicherstellen und bewirken sollen, daß alle Abiturienten dem Wirtschaftsleben zugeführt werden. Die Verhandlungen mit den Spitzenverbänden der Wirtschaft sind eingeleitet. Sie zielen auch dahin, den Ausbildungsgang für die Abiturienten entsprechend ihrem Alter und ihrer Schulkarriere anders zu gestalten als bei den jüngeren Lehrlingen.

## Frankreich wiederholt das alte Spiel

### Durch Täuschungsmanöver an der Abrüstung vorbei — Botschafter Francois-Poncet bei Paul-Boncour

Paris, 29. Dez. Der französische Außenminister Paul-Boncour empfing gestern nachmittag den französischen Botschafter in Berlin, Francois-Poncet und unterrichtete ihn über die Absichten der französischen Regierung. Er gab ihm alle erforderlichen Erklärungen über die in der Mitteilung im Ministerrat am Mittwoch erwähnte Denkschrift, die bekanntlich in großen Zügen von den Ministern gebilligt worden ist und die zur Zeit am Quai d'Orsay im einzelnen ausgearbeitet wird. Die Unterredung dauerte über eine Stunde. Francois-Poncet wird Ende der Woche nach Berlin zurückreisen, um am Neujahrsempfang des diplomatischen Corps durch den Reichspräsidenten teilzunehmen, doch glaubt man, daß er erst am 4. oder 5. Januar mit der Reichsregierung Fühlung nehmen wird, um ihr das französische Memorandum zu überreichen.

Der französische Außenminister empfing im Laufe des Donnerstags außerdem den polnischen Botschafter, den russischen Botschafter und den neuen amerikanischen Botschafter in Moskau, Gullit. Ministerpräsident Chautemps empfing den belgischen Außenminister Hymans und den griechischen Außenminister Maximos.

#### Sperre für die Pariser Presse

Die Besprechungen, die der Berliner französische Botschafter mit dem Außenminister Paul-Boncour aufgenommen hat, geben nach Ansicht Pariser diplomatischer Kreise dem am Mittwoch gefassten Beschluß des französischen Ministerrats eine besondere Note. Man erklärt, daß Francois-Poncet für den ersten Januartag dem Reichskanzler an Hand der in Bearbeitung befindlichen Denkschrift den französischen Standpunkt in der „Abrüstungsfrage“ erläutern werde. Schöb der Ausdruck „Abrüstung“ kennzeichne die Richtung, in der die französischen Vorschläge sich bewegen würden. Das Thema „keine Aufrüstung Deutschlands, sondern allgemeine Abrüstung im Genfer Rahmen“ wird deshalb auch von der Presse variiert, wobei einige Blätter, die auf angebliche Mitteilungen des Quai d'Orsay fußen, nachdrücklich feststellen wollen, daß entgegen anders lautenden Nachrichten bei den neuen Vorschlägen, die Frankreich etwa machen könnte, von Ziffern noch keine Rede sei. Der „Temps“ erklärt, das Abrüstungsproblem könne nur durch eine Verständigung aller in Frage kommenden Regierungen gelöst werden, d. h., man müsse nach Genf (1) zurückkehren, sobald die Besprechungen zu zweit beachtenswerte Ergebnisse gebracht hätten.

Die Londoner Presse beurteilt die französische Stellungnahme zum Abrüstungsproblem im allgemeinen ziemlich

peffimistisch und ist geneigt, in ihr nur ein französisches Manöver zu erblicken, um die Verantwortlichkeit Frankreichs für ein Totlaufen der unmittelbaren deutsch-französischen Aussprache von sich abzulenken und Zeit zur Festigung der französischen Bündnisse mit den Trabantenstaaten in Südost- und Osteuropa zu gewinnen. Die Pariser Berichte stimmen dahin überein, daß Frankreich die Vorschläge des Reiches nicht zur Grundlage für direkte Verhandlungen machen wolle, aber bereit ist, unter bestimmten Voraussetzungen die diplomatischen Verhandlungen fortzusetzen.

Die durch den französischen Ministerratsbeschuß geschaffene Lage wird auch nicht ohne Einfluß auf die bevorstehende Unterredung des in Capri weilenden britischen Außenministers Sir John Simon mit dem italienischen Ministerpräsidenten Mussolini sein. Der Vorbereitung dieser Unterredung diene ein längerer Besuch des britischen Botschafters Sir Eric Drummond bei Simon am Mittwoch.

#### Hymans über seine Pariser Besprechungen

Der belgische Außenminister Hymans erklärte Pressevertretern gegenüber u. a. über seine Pariser Besprechungen: „Wir haben uns besonders mit dem Abrüstungsproblem beschäftigt. Die Hauptfrage Belgiens ist stets gewesen, einen Rüstungswettlauf zu verhindern, England und Italien dürften ebenso bereit sein wie Belgien und Frankreich, eine solche Gefahr zu bannen. Belgien ist eines der Länder, die der Kriegsgeschichte am stärksten ausgesetzt sind. Zur Verteidigung seines Gebietes hat es neue schwere Opfer auf sich genommen. Deshalb ist die Lösung des Problems für Belgien von größter Bedeutung. Der Genfer Organismus besitzt sicherlich keinen unabänderlichen Charakter. Wie alles Menschenwerk muß auch er sich entwickeln und nach besseren Arbeitsmethoden suchen. Aber die Grundzüge des Völkerbündnisses sind aufrechtzuerhalten.“

## Neujahrswünsche des Papstes

Berlin, 29. Dez. Der deutsche Botschafter beim Heiligen Stuhl, v. Bergen, hat in der Neujahrssandienz seiner Heiligkeit dem Papst herzliche Neujahrsgriße des Reichspräsidenten ausgesprochen. Papst Pius XI. hat den Botschafter, seine wärmsten Wünsche für das Ergehen des Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg und für das Wohl des ganzen deutschen Volkes zu übermitteln.

## Tages-Spiegel

Der Reichsinnenminister hat in Durchführung des Gesetzes gegen die Überfüllung deutscher Hochschulen die Zahl der Abiturienten, denen im Jahre 1934 die Hochschulreise zuerkannt wird, auf 15 000 begrenzt.

Nach altem Brauch hissen am Neujahrstag erstmalig wieder sämtliche Behörden die Flaggen. Die Bevölkerung wird aufgefordert, sich dem Vorgehen der Behörden anzuschließen.

Die nächste Jährertagung der NSDAP findet vom 5. bis 7. Januar auf dem Obersalzberg statt.

Beamte der Deutschen Reichspost, die sich um die nationale Erhebung außergewöhnlich verdient gemacht haben, sollen nach einer Verfügung des Reichspostministers außer der Reihe befördert werden.

Der französische Botschafter in Berlin, Francois-Poncet, ist in Paris über die Absichten des Kabinetts in der Rüstungsfrage unterrichtet worden.

Der Botschafter des Deutschen Reiches, Roland Köster, brachte dem Präsidenten der Republik Lebrun das Beileid des Reichspräsidenten zur Eisenbahnkatastrophe bei Raguy zum Ausdruck.

Der englische Botschafter in Rom hat sich nach Capri zu Außenminister Simon begeben. Simon wird am 3. Januar nach Rom fahren.

Die Flugzeuge der englischen Luftstreitkräfte haben einer amtlichen Mitteilung zufolge im Jahre 1933 über 61 Millionen Kilometer zurückgelegt. Diese Gesamtdistanz ist 1600-mal so lang wie der Erdbumfang.

Wie aus Kronstadt nach Oslo gemeldet wird, liegen dort am Rande des Eisgürtels 21 Schiffe, die auf Eisbrecherhilfe warten, um in den Hafen zu gelangen, während in Kronstadt 34 Schiffe im Eis festliegen.

Ein verheerender Taifun hat Madras heimgeschickt. Außer ungeheurem Sachschaden ist der Tod von 250 Menschen zu verzeichnen, 10 000 Stück Vieh sind verendet.

## Die neue preußische Gemeindeverfassung

### „Bürger“ und „Einwohner“

Berlin, 29. Dez. Der preußische Minister des Innern hat jetzt eine Durchführungsverordnung zum Gemeindeverfassungsgesetz vom 15. Dezember ds. Jrs. erlassen, in der bestimmt wird, daß die Gemeinderäte vorbehaltlich der späteren Verleihung von Stadt- oder Gemeindebriefen spätestens bis 1. April 1934 zu berufen sind. Die Berufung soll mit größter Beschleunigung erfolgen.

Das Gemeindeverfassungsgesetz macht einen Unterschied zwischen Einwohnern und Bürgern der Gemeinden. Die Bürger sind in eine Bürgerrolle einzutragen, sie müssen ihre Kräfte jederzeit ehrenamtlich in den Dienst des Wohles der Gemeinde stellen. Die Durchführungsverordnung formuliert die Begriffe „Einwohner“ und „Bürger“ folgendermaßen:

Einwohner der Gemeinde ist, wer in ihr nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches seinen Wohnsitz hat. Bürger der Gemeinde ist bis zur endgültigen Regelung jeder reichsdeutsche Einwohner, der über 25 Jahre alt ist und seit dem 1. Juli 1933 in der Gemeinde ununterbrochen wohnt.

Wer nach diesem Zeitpunkt zugezogen ist, erwirbt das Bürgerrecht erst, wenn er seit einem Jahre in der Gemeinde seinen Wohnsitz hat. Bürger der Gemeinden sind ferner ohne Rücksicht auf die Dauer des Wohnsitzes in der Gemeinde aktive Reichs- und Staatsbeamte und hauptamtliche Beamte der Gemeinden, sowie die obersten örtlichen Leiter der NSDAP und die rangältesten Führer der Sturmabteilungen oder der Schutzstaffeln der NSDAP.

## Schlitten

### von Personenzug überfahren

#### zwei Tote, ein schwerverletztes Kind

München, 29. Dez. Donnerstag nachmittag hat sich bei Tuzing infolge des starken Nebels ein schweres Verkehrsunfall ereignet. In einer schienenparallelen Ueberfahrt wurde ein mit drei Personen besetztes Schlittensfuhrwerk von dem nach Weilheim fahrenden Personenzug überfahren. Dabei wurde der Gutsverwalter Eugen Baumgartner und ein acht Jahre alter Gastwirtssohn getötet. Der dritte Insasse, das Brüderchen des getöteten Kindes, erlitt beiderseitige Schenkelbrüche und wurde ins Krankenhaus eingeliefert. Auch die beiden Pferde des Schlittensfuhrwerks sind umgekommen. Das Unglück ist auf den starken Nebel zurückzuführen.

## Falschmünzerverbände ausgehoben

Saarbrücken, 29. Dez. In Ebersberg im Saargebiet versuchte ein junger Mann, bei einem Einkauf mit lauter falschen fünf-Franken-Stücken zu bezahlen. Er wurde verhaftet. Seine Vernehmung führte zur Festnahme von drei weiteren jungen Burschen; bei einem von diesen fand man eine vollständig eingerichtete Falschmünzwerkstätte.

# Das Jahr der Revolution

## Innen- und außenpolitische Uebersicht 1933

Das Jahr 1933 wird als das Jahr des Sieges der nationalsozialistischen Revolution, als der Beginn der deutschen völkischen Erneuerung, in die Geschichte eingehen. Umwälzungen haben sich vollzogen, wie sie in der Geschichte kaum jemals zu verzeichnen waren, und wenn man heute an der Schwelle eines neuen Jahres den Blick zurückwendet, dann scheint es beinahe unfassbar, daß sich alles dies im Verlaufe nicht ganz eines Jahres abgepielt hat.

Wohl die wenigsten in Deutschland hatten diesen Wandel zu Beginn des Jahres für möglich gehalten. In Deutschland herrschte Bürgerkriegsstimmung. Man sprach vom Staatsnotstand und von Staatsstreichabsichten, man erging sich in dunklen Drohungen. Der damalige Reichskanzler, General Schleicher, bei seinem Regierungsantritt als der „starke Mann“ gepriesen, kam über papierne Programme und Versprechungen nicht hinaus. Da es ihm nicht gelang, eine ausreichende parlamentarische Mehrheit hinter sich zu bringen, der Reichspräsident ihm aber auch die Auflösungsorder für den Reichstag verweigerte, blieb ihm am 28. Januar nach kaum achtwöchiger Regierungszeit nichts weiter übrig als der Rücktritt. Noch am gleichen Tage wurde Herr von Papen vom Reichspräsidenten beauftragt, die Möglichkeiten einer Regierungsbildung festzustellen.

Es gab in jenen kritischen Tagen nur noch eine einzige Möglichkeit: Adolf Hitler, der Führer der großen nationalsozialistischen Volksbewegung, die erst wieder bei den lipptischen Wahlen am 15. Januar ihren unaufhaltsamen Siegeswillen unter Beweis gestellt hatte, mußte Kanzler werden. Schlugen die Bemühungen erneut fehl, dann war es um das Reich geschehen. Es ist das geschichtliche Verdienst des Generalfeldmarschalls von Hindenburg, daß er dem Erfordernis der Stunde Rechnung trug und Adolf Hitler am 30. Januar zum Kanzler berief. Ein Aufatmen ging durch das Volk, als der Rundfunk die Nachricht in alle Welt hinausstrahlte, daß der greise Feldmarschall und der Führer des jungen Deutschland sich gefunden hatten, und daß ein Kabinett des nationalen Zusammenschlusses mit von Papen, Hugenberg, Fricke und Goering gebildet worden war. Und als in der geschichtlichen Nacht des 30. Januar die braunen und grauen Kolonnen der SA und des Stahlhelm durch das Brandenburger Tor zogen im Schein Hunderttausender von Fackeln, als in der Wilhelmstraße die beiden großen Führer sich den begeistertsten Massen zeigten, umbraust vom Gesang des Deutschland- und Horst-Wessel-Liedes, da gab es keinen Zweifel mehr: in der deutschen Geschichte war ein neues Kapitel begonnen! Mit einem Schlage war der „Staatsnotstand“ beseitigt, es war eine Regierung da, die — seit den Tagen der Revolte von 1918 unerhört — vom Vertrauen breiter Volksmassen getragen war, und die nun endlich an den völligen Neubau des krisen durchdrüttelten und aus tausend Wunden blutenden Deutschland herangehen konnte.

Der Ablauf der Dinge hat sich mit der Wucht eines elementaren Ereignisses vollzogen. Die neue Regierung kannte keine Halbheiten. Die Zeit des Zauderns und des Debattierens war vorbei. Es mußten völlig klare Verhältnisse geschaffen werden. Zu diesem Zweck wurde der arbeitsunfähige Reichstag am 1. Februar für aufgelöst erklärt. Am 6. Februar übertrug der Reichspräsident auf Grund des Artikels 48 die Befugnisse der abgelehnten Preußenregierung dem Reichskommissar für Preußen, Vizekanzler von Papen, wodurch auch die Auflösung des preussischen Landtages möglich gemacht wurde. Gleichzeitig löste das kommissarische preussische Staatsministerium sämtliche kommunalen Vertretungskörperschaften auf und setzte Neuwahlen für den 12. März an. Der Wahlkampf wurde am 10. Februar mit einer großen Rede Adolf Hitlers im Berliner Sportpalast eingeleitet, wobei der Führer die Parole der Vernichtung des Marxismus und die Wiederherstellung der Einheit der deutschen Nation ausgab. Die Forderung des Reichswahlgesetzes, wonach alle im Reichstag nicht vertretenen Parteien in einem Wahlkreis 60 000 Unterschriften erbringen mußten, bewirkte die Ausschaltung der Splitterparteien. Nur acht Wahlvorschläge gegenüber sonst einigen 30 wurden eingereicht. Mitten in den Wahlkampf hinein plagte am 27. Februar das schimpfliche Verbrechen der Inbrandsetzung des Reichstagsgebäudes. Es gab keinen Zweifel, dieser Brand sollte das Fanal zum kommunistischen Aufstand und Bürgerkrieg sein. Nur dem entschlossenen Durchgreifen des kommissarischen Innenministers Hermann Goering, der sofort den größten Teil der kommunistischen Abgeordneten und Funktionäre festsetzte und die marxistische Presse verbieten ließ, ist es zu danken, daß damals die schlimmste Gefahr vom deutschen Volke abgewendet werden konnte, das sonst rettungslos dem Chaos und dem Bolschewismus anheimgefallen wäre. Von der Reichsregierung wurden drakonische Notverordnungen gegen bolschewistische Untriebe und Hochverrat erlassen, die marxistische Propaganda wurde unterbunden. Der „Tag der erwachenden Nation“, an dem der Reichskanzler vom deutschen Osten, von Königsberg aus, einen letzten Appell an das deutsche Volk richtete, beschloß einen Wahlkampf, der der Regierung und besonders den Nationalsozialisten am 5. März einen überwältigenden Wahlsieg brachte. 288 Abgeordnete der NSDAP und 52 Abgeordnete der Kampffront Schwarz-Weiß-Not, d. h. eine Regierungsmehrheit von 52 v. H., zog in den Reichstag ein. Unter dem Eindruck dieses Sieges, der gerade auch in den süddeutschen Ländern ein vorbehaltloses Treuebekenntnis zum Reich in sich schloß, war der Vormarsch der nationalsozialistischen Revolution nicht mehr aufzuhalten. Die Gleichschaltung der Länder begann. In Hamburg, Bremen, Lübeck, Heffen, Sachsen und Schaumburg-Lippe traten Beauftragte der Reichsregierung an die Spitze der Volkzugswegleitung. Ebenso wurde in Württemberg, Baden und Bayern der schwarze Separatismus der Heide, Holz und Schmitt hinweggefegt. Die Mainlinie hatte aufgehört zu bestehen, und überall bildeten sich in den Ländern Regierungen unter nationalsozialistischer Führung.

Wie in der Geschichte der Völker hat eine Revolution einen so ruhigen und unblutigen Verlauf genommen wie

die Volkserhebung in jenen Märztagen. Lediglich die Flaggen des neuen Deutschland, das Hakenkreuz und Schwarz-Weiß-Not, die in der Reichshauptstadt und überall im Reich die öffentlichen Gebäude und Privathäuser schmückten, ließen äußerlich die große Umwälzung erkennen. Am 12. März verordnete der Reichskanzler eine Anordnung des Reichspräsidenten, nach der bis zur endgültigen Regelung der Flaggenfrage die schwarzweißrote Fahne und das Hakenkreuz, die die ruhmreiche Vergangenheit des Deutschen Reiches und die kraftvolle Wiedergeburt der deutschen Nation verkörperten, als Symbole des erwachten Deutschland eingesetzt wurden. Zum Zeichen des Sieges prangte ganz Deutschland drei Tage lang im Zeichen der nationalen Fahnen. Die Wahlen zu den Gemeindevertretungen und den Provinziallandtagen in Preußen am 12. März gaben der Revolution neuen Antrieb.

Überall hatte sich das Volk von den zum großen Teil ins Ausland geflohenen marxistischen Volksverführern losgesagt, und überall waren nationalsozialistische oder nationale Mehrheiten gewählt worden. Das große Aufräumen auch in den verbanzten und forumpierten Gemeindebehörden begann. Der Tag des Frühlingsanfangs brachte die Krönung der nationalen Volkserhebung: der Staatsakt der feierlichen Eröffnung des neuen Reichstags in der Potsdamer Garnisonkirche am 21. März. Dieser Tag, an dem der Geist von Potsdam über das Weimarer System triumphierte, an dem Hindenburg und Hitler ihr Bündnis zur Wiederaufrichtung Deutschlands am Sarge

Friedrichs des Großen erneuerten und feierlich befestigten, dieser Tag wird für immer ein Markstein in der deutschen Geschichte bleiben.

Am 23. März nahm der Reichstag mit einer großen programmatischen Rede des Reichskanzlers das Ermächtigungsgesetz mit 441 gegen 94 Stimmen an, wodurch der Regierung zur Durchführung des Wiederaufbauwerks völlig freie Hand gegeben wurde. Der inzwischen immer dreister hervortretenden Grenselpropaganda des internationalen Judentums und der aus Deutschland geflüchteten Volksverräter trat die NSDAP am 1. April mit einem schlagartig durchgeführten Boykott aller jüdischen Geschäfte, Warenhäuser, Gaststätten, Kinos, Rechtsanwälte und Ärzte entgegen.

Ruhig und zielbewußt wurde das Wiederaufbauwerk in Angriff genommen. Durch das Statthaltergesetz vom 7. April, eine der einschneidendsten Maßnahmen Adolf Hitlers, wurde die Einheitlichkeit des Reiches ein für allemal sichergestellt. Auf Grund dieses Gesetzes ernannte Adolf Hitler unter Aufhebung des bisherigen Preußenkommissariates u. a. Reichsminister Goering zum preussischen Ministerpräsidenten, während General von Epp Statthalter von Bayern wurde. Um den Staatsapparat auf eine zuverlässige und sichere Grundlage zu stellen, wurde am gleichen Tage (7. April) ein Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums beschlossen, nach dem politisch unzuverlässige Beamte und Beamte nichtarischer Abstammung bis zum 30. September zu entlassen sind. Für politische Gewalttaten wurde die Todesstrafe eingeführt und gleichzeitig die Möglichkeit geschaffen, die Verhängung der Todesstrafe auch durch Erhängen zu vollziehen.

(Schluß folgt.)

## Die Gegenwortschläge Frankreichs

Ueber den Inhalt der französischen Denkschrift für Berlin ist durch die Pariser Presse folgendes bekannt geworden: Das Dokument dankt zunächst der Reichsregierung ausdrücklich dafür, daß Deutschland sich mit der Einführung der Kontrolle einverstanden erklärt und mit Frankreich einen Nichtangriffspakt abschließen will. Aber es fügt dann sofort hinzu, daß Frankreich die deutschen Militärvorschläge nicht als Verhandlungsgrundlage annehmen könne. Im einzelnen polemisiert das französische Schriftstück vor allem gegen die allzu hoch erscheinende Ziffer von 300 000 Mann für die künftige Reichswehr und gegen Aufrechterhaltung der „militärähnlichen“ Verbände.

In seinem zweiten Teil bringt die Denkschrift die Gegenwortschläge der französischen Regierung, die sich im großen und ganzen, wie leider zu befürchten war, auf die Wiederholung der englisch-französischen Abrüstungsvorschläge vom 14. Oktober beschränken. Frankreich schlägt also vor: Umwandlung der Reichswehr und der französischen Armee auf das Milizsystem unter Einführung der achtmonatigen Dienstzeit. Deutschland erhält aber nur 200 000 Mann, während Frankreich zu seinen 200 000 Mann Heimatruppen noch 200 000 Kolonialtruppen erhält, Probezeit von vier Jahren unter sofortiger Einführung der Kontrolle, Abschaffung aller „militärähnlichen“ Verbände. Nach diesen vier Jahren beginnt Frankreich mit der Zerstörung des schweren Kriegsmaterials offensiven Charakters, der Tanks, der schweren Artillerie, der Bombenflieger, während Deutschland ermächtigt wird, das von der Abrüstungskonferenz genehmigte Kriegsmaterial von defensivem Charakter in der Reichswehr einzuführen. Auch diese zweite Etappe soll vier Jahre lang dauern. Das einzige Zugeständnis, das Frankreich über die ursprünglichen Pläne vom 14. Oktober zu machen bereit sei, liege in einer schnellen Zerstörung der französischen Bombenfliegerei.

Wenn man Vertinax vom „Echo de Paris“ glauben darf, sind die französischen Gegenwortschläge nur als taktisches Manöver gedacht, das heißt, sie werden in der

hoffnung vorgebracht, daß Deutschland sie ohne weiteres ablehnt.

## Belgien im Pariser Schlepptau

Der belgische Außenminister Symans ist zu kurzem Aufenthalt in Paris eingetroffen und hat seinen Meinungsaustausch mit der französischen Regierung durch eine einstündige Besprechung mit Ministerpräsident Chautemes und Außenminister Paul-Boncour begonnen. — In Pariser diplomatischen Kreisen erklärt man, daß die französisch-belgische Aussprache einer Klärung der französisch-belgischen Beziehungen diene. Ueber die außenpolitischen Fragen, namentlich das Abrüstungsproblem, könnten Frankreich und Belgien nur dieselbe Ansicht hegen. Auch in Belgien sehe man einer eventuellen „deutschen Aufrüstung“ mit Sorge entgegen, wie bereit die Bewilligung eines 750-Millionen-Belga-Kredites für den Ausbau der nationalen Verteidigung beweise. Die Maßnahmen einer gemeinsamen Verteidigung seien wahrscheinlich zwischen Außenminister Symans und Kriegsminister Daladier besprochen worden. Was das Völkerbundsproblem anlangt, siehe auch Belgien auf dem Standpunkt, daß Genf der Mittelpunkt des gesamten internationalen Lebens bleiben müsse unter Wahrung des „demokratischen Grundsatzes der Gleichheit aller Staaten“.

## Frankreich erkräftigt militärische Zusammenarbeit mit Rußland

Aus Riga stammende Meldungen, wonach die französische Regierung dem russischen Botschafter in Paris ein Bündnisangebot über militärische und politische Zusammenarbeit zwischen Rußland und Frankreich als Ergänzung des französisch-russischen Nichtangriffspaktes gemacht habe, werden in ausländischen Kreisen sehr kritisch beurteilt. Abgesehen davon, daß in der letzten Zeit ein solcher Meinungsaustausch zwischen amtlichen russischen und französischen Stellen nicht stattgefunden hat, meint man, daß es sich bei dieser Meldung um einen Versuchsballon handelt.

## Reichsbankpräsident Schacht zur Transferfrage

Der Reichsbankpräsident hat in einem Interview mit dem Berliner Korrespondenten des „Matin“ dargelegt, aus welchen Gründen Deutschland gezwungen gewesen sei, den Zinssenkungsdruck für die auswärtige Schuld von 50 auf 30 Prozent herabzusetzen. Wenn man der Tatsache Rechnung trage, daß die Inhaber von Dawes-, Young- und Kallanleihen sowie die unter die Abkommen über die Aufrechterhaltung der deutschen Kredite fallenden Summen nicht den geringsten Abstrich erleiden, bezahle Deutschland in Wirklichkeit 77 Prozent seiner gesamten Schuldzinsen und nicht bloß 30 Prozent. Zum Schluß erklärte der Reichsbankpräsident, daß keine politische Entspannung möglich sei, solange keine wirtschaftliche eingetreten sei. Auf dem Gebiete der Währungspolitik lasse sich, erklärte Dr. Schacht, sein ganzes Handeln dahin zusammenfassen, daß er unerlässlich um jeden Preis die Stabilität der auf den Goldstandard aufgebauten Reichsmark zu erhalten wünsche.

## Kleine politische Nachrichten

Die Flaggen auf deutschen Kauffahrteischiffen. Ueber die Flaggenführung auf Kauffahrteischiffen sind neue Bestimmungen erlassen worden. In einer Verordnung des Reichspräsidenten wird einheitlich für alle deutschen Kauffahrteischiffe bestimmt, daß die schwarzweißrote Flagge am Heck und die Hakenkreuzflagge am Bug zu setzen ist. Nach den bisherigen Bestimmungen war die Hakenkreuzflagge am Signalstag oder an der Steuerbord-Signallinje zu zeigen.

Der Anwaltsverein aufgelöst. Der Deutsche Anwaltsverein, die bisher größte Gerichtsorganisation mit 15 000 Mitgliedern, unter denen bis vor kurzem noch 3000 jüdische Anwälte waren, ist in Hamburg in einer Vollversammlung der Mitglieder nach entsprechender Satzungsänderung aufgelöst worden. Die Mitglieder sind einzeln in den national-

sozialistischen Juristenbund aufgenommen und in die Reichsfachgruppe Rechtsanwälte eingegliedert worden.

„Rittergutsbesitzer“ gibt es nicht mehr. Der Reichsbauernführer weist in einer Verfügung darauf hin, daß nach dem Erbhofgesetz zukünftig nur noch die Bezeichnungen „Bauer“ und „Landwirt“ rechtlich zugelassen sind. Die Verwendung anderer Titel wird durch die Verfügung verboten. Falls ein Zweifel darüber besteht, ob der Betreffende Bauer oder Landwirt ist, ist der Titel Landwirt zu wählen. Der Titel Bauer müsse den wirklichen und durch Reichsgesetz bezeichneten Bauern als Ehrentitel vorbehalten bleiben.

Lunatscharski f. Der ehemalige Volkskommissar für Bildung und Künste, Lunatscharski, ist in Frankreich gestorben. Er hat den Posten des Volkskommissars von 1917 bis 1928 bekleidet. Später wurde er für außerordentliche politische Missionen verwendet, besonders in Frankreich.

Der Bürgerkrieg in China. Bei Tschangschau kam es zu einem Gefecht zwischen Nanjing-Truppen und Truppen der Fuhien-Regierung. 600 Kommunisten wurden getötet. Die Nanjing-Truppen besetzten die Stadt. 16 Flugzeuge warfen 60 Bomben auf die Stadt Tschangschau. 40 Gebäude wurden zerstört, 30 Zivilpersonen und 3 Soldaten getötet, ferner über 100 Menschen verletzt. Die Nanjing-Truppen haben außerdem die Mamo Tschagmen-Forts, etwa 30 Kilometer östlich von Tschangschau, besetzt. — Der Vortangriff chinesischer Bombenflugzeuge auf Tschangschau hat 500 Todesopfer und über 1600 Verwundete gefordert.

Abschluß der Panamerika-Konferenz. In Montevideo wurde die Panamerika-Konferenz beendet. Der Vertreter Argentiniens wies in seiner Rede auf eine im Mai stattfindende Finanz- und Wirtschaftskonferenz in Santiago de Chile hin, an die sich eine weitere Konferenz in Buenos Aires anschließen werde.

## Schützt die Vögel vor der Not des Winters!



mit faksimilierter Unterschrift. Den Bildern lagen Schreiben der persönlichen Referenten der beiden Führer des deutschen Volkes bei.

CEB. Freudenstadt, 28. Dez. Am Mittwoch abend fielen in wenigen Stunden 5 Zentimeter Schnee, der bei einer Kälte von mindestens 2-3 Grad sehr gut hält. Auf dem Antebis fielen 10 Zentimeter Neuschnee auf 20-25 Zentimeter Altschnee.

CEB. Heimsheim N. Leonberg. Der Landwirt Karl Benzinger hatte am Dienstag mittag mit einigen Bekannten eine Schlittenpartie nach Frieolzheim gemacht und war bereits wieder auf dem Heimweg, als auf der glatten, abschüssigen Straße kurz vor dem Ortseingang eine Kette sich löste und dadurch der Lenker die Gewalt über das Fahrzeug verlor. Durch den nachdrängenden Schlitten wurde das Pferd erschreckt und raste in wilder Hast dem Orte zu. Mit voller Wucht wurde der Schlitten an die Kirchhofmauer geschleudert, wobei die Insassen mehr oder weniger schwer verletzt wurden.

CEB. Stuttgart, 28. Dez. Für die Mitglieder des ehem. Infanterie-Regiments 126 findet im Juni 1934 ein Regimentsappell statt. An Stelle der verlorenen Garnison ist die Hauptstadt des Schwabenlandes, Stuttgart, getreten.

Stuttgart, 28. Dez. Eine ganz besondere Weihnachtsüber-raschung befiel sich ein hochherziger Spender vor, der unter den Weihnachtsbaum am Marktplatz ein unscheinbares Pa-ketchen niederlegte, das 600 Mark in dreißig blanken Gold-stücken zu je 20 Mark enthielt.

CEB. Stuttgart, 28. Dez. In den maßgebenden Stellen des württ. Handwerks besteht seit einiger Zeit der Plan, durch ein „Haus des Handwerks“ die Bedeutung dieses wich-tigen Standes auch äußerlich durch ein Bauwerk zu dokumen-tieren. Wie der NS-Kurier erfährt, stehen die Verhandlungen über diese für die Landeshauptstadt so bedeutsamen Pläne vor dem Abschluß. Geplant ist, an Stelle der Ge-werbefalle das „Haus des Handwerks“ aufzuführen. Im Zu-sammenhang damit soll dann auch das ganze Stuttgarter Ausstellungsweesen neu geordnet werden. Die Baukosten sol-len 3 Millionen RM betragen.

CEB. Stuttgart, 28. Dez. Der heurige Weihnachtsverkehr war im Bezirk der Reichsbahndirektion Stuttgart etwas leb-hafter als im Vorjahr. Im Fernreiseverkehr waren die

Züge ungefähr wie im Vorjahr besetzt. Dagegen ging der Lokalverkehr wesentlich über den sonstigen Verkehr hinaus. In der Zeit vom 22.-26. Dezember verkehrten im Stutt-garter Hauptbahnhof neben den fahrplanmäßigen Zügen 83 Sonderzüge (im Vorjahr 72).

CEB. Badnang, 28. Dez. Ein Erlass des Kultusministe-riums an die Stadtgemeinde nimmt Bezug auf das neue Ge-setz gegen die Ueberfüllung deutscher Schulen und Hoch-schulen, wonach bei allen höheren Schulen die Schülerzahl so weit zu beschränken ist, daß die gründliche Ausbildung gesichert und dem Bedarf der Berufe genügt wird. Die Durch-führung dieses Gesetzes zwingt dazu, die Zahl der höheren Lehranstalten, insbesondere der Volkshochschulen, zu verringern. Mit dieser Forderung sei es nicht vereinbar, daß Einrich-tungen wie die private 9. Klasse an der Realschule in Bad-nang weitergeführt werden.

## Volks- und Landwirtschaft

### Stuttgarter Schlachtvieh- und Fleischmarkt

Dem Donnerstagmarkt am städt. Vieh- und Schlacht-hof wurden zugeführt: 37 (unverkauft 10) Ochsen, 58 (5) Bullen, 252 (90) Jungbullen, 275 (5) Kühe, 352 (80) Färsen, 1 Fresser, 1448 (30) Kälber, 2089 (500) Schweine, 1 Schaf, 2 Ziegen.

Preise für 1 Pfund Lebendgewicht:

	28. 12.	21. 12.		28. 12.	21. 12.
	Pfg.	Pfg.		Pfg.	Pfg.
Ochsen:			Kühe:		
ausgemästet . . .	27-28	—	fleischig . . . . .	10-14	—
vollfleischig . . .	25-26	—	geringgenährte .	7-10	—
fleischig . . . . .	23-24	—	Kälber:		
Bullen:			einige Mast- und		
ausgemästet . . .	26-27	27-28	beste Saugkälber	32-36	35-38
vollfleischig . . .	25-27	—	mittl. Mast- und		
fleischig . . . . .	23-24	23-25	gute Saugkälber	27-30	30-34
Jungbullen:			geringe Kälber .	23-26	25-29
ausgemästet . . .	28-32	—	Schweine:		
vollfleischig . . .	25-27	25-28	über 300 Pfd. . .	49-50	—
fleischig . . . . .	23-24	23-24	240-300 Pfd. . .	48-49	50-51
geringgenährte .	—	—	200-240 Pfd. . .	47-49	49-50
Kühe:			160-200 Pfd. . .	45-47	47-49
ausgemästet . . .	21-25	—	120-160 Pfd. . .	44-45	—
vollfleischig . . .	15-18	—	unter 120 Pfd. .	43-44	—
			Sauen . . . . .	36-45	37-43

Marktverkauf: Großvieh ablaufend, großer Ueberstand, Kälber schleppend, Schweine schlappend, sehr großer Ueber-

stand. — Preise am Fleischmarkt für 1 Pfund Fleisch: Ferkelfleisch 41-46 (unv.), Rindfleisch Rindviezel fett 50-54 (unv.), mittel 43-47 (unv.), gering 38-42 (unv.), Kuhfleisch 24-35 (unv.), Kälber mit Innereien 55-63 (56 bis 64 Pfg.), Schweine 68-73 (unv.), Hammel 55-59 (—) Pfg.

## Kirchliche Nachrichten

### Evangelische Gottesdienste

Sonntag u. d. Christfest, 31. Dezember 1933:  
Turmlied: 18 Nun danket alle Gott  
9.30 Hauptgottesdienst. Traub. Anfangslied: 152, Kommt und laßt uns Christus ehren.  
18.00 Abendgottesdienst. Schüß. Anfangslied: 163, Nun laßt uns geh'n und treten. — Chorgesang: Ach bleib bei uns (Wach) und Helft mir Gottes Güte preisen (Wach). — Kirchenopfer für den Bezirks-Wohltätigkeitsverein

Neujahr, 1. Januar 1934:

Turmlied: 164 Jesus soll die Lobung sein  
9.30 Hauptgottesdienst. Hermann. Anfangslied: 33, Gott der Vater wohn' uns bei. — Chorgesang: Befehl du deine Wege; Lob und Preis sei Gott (Wach). Abendmahlsfeier  
Kein Abendgottesdienst.

### Katholische Gottesdienste

Sonntag, den 31. Dezember 1933:

8.00 Frühmesse und Ansprache  
9.30 Predigt und Amt.  
18.00 Jahresabschlussfeier mit Predigt und Andacht.  
Neujahr, 1. Januar 1934:

8.00 Frühmesse und Ansprache  
9.30 Predigt und Amt  
13.30 Andacht.  
Dienstag, 8.00 Uhr Gottesdienst in Liebenzell.  
Samstag, 6. Januar: Fest der hl. Drei Könige:  
8.00 Frühmesse und Ansprache  
9.30 Predigt und Hochamt.  
13.30 Andacht.  
Beichtgelegenheit:  
Samstag 4.00-5.30; Sonntag 7.00-8.00; Neujahr 4.00 bis 5.30 Uhr.



**Elektrizität**  
in jedem  
**Gerät.**

## Für das Neujahrsfest

bezw. für die Samstagnummer der „Schwarzwald-Wacht“ bestimmte Familien-, Vergnügungs-, Vereins- und Geschäfts-Anzeigen wolle man heute noch aufgeben.

Unverbindliche Beratung u. Vorführung durch die Elektroinstallateure und den G.E.T.

# Aller Wünsche „A“ und „O“ ist doch heut' ein Radio.

**Amtl. Bekanntmachungen**  
Stadtgemeinde Calw.  
**Bezug von Haushaltmargarine und verbilligter Speisefette.**  
Die Stammabschnitte mit 6 Bezugsscheinen für Haushaltmargarine und einem Reichsverbilligungsschein für Speisefette für Januar und Februar 1934 werden an die Bezugsberechtigten (Familien mit 3, Witwen mit 2 Kinder, Sozialrentner, Unterstützungsempfänger, Fabrikarbeiter, Mittelstandsangehörige mit mäßigem Einkommen) auf der Polizeiwache ausgegeben.  
Um die schnelle und reibungslose Belieferung der Bezugsberechtigten mit Haushaltmargarine sicherzustellen, ist es **dringend notwendig**, daß die Bezugsberechtigten die Stammabschnitte mit den Belegscheinen unverzüglich bei ihrer Verkaufsstelle vorlegen. Die in dem Stammabschnitt enthaltenen 3 Bezugsscheine für Januar 1934 bleiben auch für den Monat Februar gültig.  
Calw, den 27. Dezember 1933.  
Bürgermeisteramt: G. Bühner.

Calw, den 27. Dezember 1933

**Danksagung**



Für die uns erzeigte große Anteilnahme beim Heimgang unserer lieben Mutter und Großmutter

**Frau Katharina Schöning Wtw.**

sowie für die Begleitung zu ihrer letzten Ruhestätte sagen wir herzlichsten Dank

Ludwig Schöning, zum Hirsch, mit Familie  
Luise Bauer, geb. Schöning, mit Familie  
Lina Schöning.

**Beginnt das neue Jahr mit freudigem Opfer!**



**AUFWARTS AUS EIGENER KRAFT**

**Die Sammelplakette des WHW zum Jahreswechsel**

Wir bitten,  
**Rechnungen aus Lieferungen im alten Jahr bis Samstag, den 30. 12. 33, 15 Uhr**  
bei uns abzugeben, wegen Jahresabschluss.  
**Arbeitslager Calw.**

Früh geschlossene  
**Hasen**  
sowie  
**Rehe**  
auch pfandweise

**4-5-Zimmer-Wohnung**  
oder  
**kl. Einfamilienhaus**  
spätestens auf 1. April zu mieten gesucht.  
Baurat Seiger  
Stuttgarterstr. 29, Tel. 635

**Veranschuligen Sie bei Ihren Einkäufen die Inserenten unseres Blattes**

Diemer und Schlegel per Pfd. 1.05, Bug 80 Pfg.  
Ragout 50 Pfg. empfiehlt  
**A. Reich**  
Wildbretthandlg., Tel. 233

**Brautschleier  
Brautkränze  
Hochzeitsblumen**  
L. Schaufelberger  
Marktstraße 7

Inferiert in der Schwarzwaldwacht!  
1 Paar  
**Stiere**

zirka 19 Zentner schwer, verkauft  
**Jakob Rentschler  
Wettenschwann**  
Altburgerseite

**Kurhotel „Kloster Hirsau“**

Sonntag, den 31. Dezember, ab 8 Uhr abends

## großer Silvesterball

mit lustigen Tanzspielen. Große Ueberraschung um Mitternacht.  
Kein Weinzwang! Eintritt 30 Pfg.  
Rechtzeitige Tischbestellungen erbeten unter Rufnummer 376.  
Bestellte Tische können nur bis 1/2 9 Uhr reserviert werden.

**Franz Schoenlen, Calw**  
Manufaktur- und Aussteuergeschäft

Trikotagen für Damen und Herren  
Strümpfe und Socken

**Zwangsvorsteigerung.**  
Es werden öffentlich meistbietend gegen bar versteigert  
**Samstag, 30. 12., 10 Uhr**  
in Calw, **Wandlokal Marktplatz 30:** ca. 2 Ztr. Brotmehl, ca. 1 Ztr. 5er Mehl, ca. 50 Pfd. Bruchreis und 10 Pfd. Schwarzen Tee.  
**Gerechtfertigterweise.**

**Neujahrs-Karten**  
(Sonntag, den 31. Dezember von 11-15 Uhr geöffnet)  
**Fr. Häussler**  
an der Nikolausbrücke



**Spendet für die nationale Arbeit**

**Ihr gebt Arbeit und Brot!**

Annahmestellen für die Spende zur Förderung der nationalen Arbeit: Finanzamt, Hauptzollamt, Zollamt, Ueberweisung an diese Annahmestellen durch: Post, Bank, Sparkasse usw.